

**Einzigartig in Österreich:**

# Gesundheitsdrehscheibe in Annenstraße eröffnet

Eine breite Palette von Angeboten zur Förderung der Gesundheit bietet ein neues Angebot der Stadt Graz in der Annenstraße.

Die Gesundheitsdrehscheibe ist eine neue Beratungseinrichtung des Gesundheitsamts der Stadt Graz. Durch die zentrale Lage und die gute Erreichbarkeit baut die Stadt soziale und sprachliche Hürden im Gesundheitswesen ab. Die Mitarbeiter:innen helfen beim Zugang zum Gesundheitssystem, beim Behandlungsweg chronischer Erkrankungen und bei der persönlichen medizinischen Vorsorge. Die Drehscheibe wirkt dadurch als niederschwellige Verbindung zwischen Allgemeinmediziner:innen, sozialen Einrichtungen und der lokalen Bevölkerung.

## Breites Angebot

Die Gesundheitsdrehscheibe bietet eine breite Palette von Angeboten zur Förderung der Gesundheit, die von der persönlichen Beratung über Informationsveranstaltungen bis zur Weiterbegleitung zu Angeboten in Bereichen wie Kultur, Freizeit und Wohlbefinden reichen.

Die Mitarbeiter:innen haben unterschiedliche Gesundheitsberufe und können dadurch bei vielen Problemen wirksame



**Bürgermeisterin Elke Kahr und Gesundheitstadtrat Robert Krotzer bei der Eröffnung der Gesundheitsdrehscheibe in der Grazer Annenstraße 28.**

STADT GRAZ/FISCHER

Hilfestellungen anbieten. Das Team besteht aus vier Pflegefachkräften als Community Nurses, einer Sozialarbeiterin, einer Psychotherapeutin und einer Physiotherapeutin und wächst bis November noch von derzeit sechs auf zehn Mitarbeiter:innen.

Dieser umfassende Ansatz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bindet die Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen mit ein.

Durch den Budgetbeschluss von KPÖ, Grünen und SPÖ wurde im Gemeinderat sichergestellt, dass dieses in Österreich

einzigartige Angebot ins Leben gerufen werden kann. Geöffnet ist die Gesundheitsdrehscheibe seit dem 11. September.

## GESUNDHEITSDREHSCHLEIBE

Annenstraße 28, 8020 Graz

**Öffnungszeiten:** Montag–Freitag 8–18 Uhr

**Telefonische Anfragen und Terminvergabe:**  
Montag–Freitag 8–16 Uhr unter 0316/872-3999

**Offene Beratung ohne Termin:**  
Montag–Freitag 8–12 Uhr

[www.graz.at/gesundheitsdrehscheibe](http://www.graz.at/gesundheitsdrehscheibe)

## Amrei Lässer angelobt



FOTO: STADT GRAZ/FISCHER

Bürgermeisterin **Elke Kahr** und KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther** gratulierten der neuen Gemeinderätin **Amrei Lässer** zur Angelobung. Die in Graz geborene Ärztin hat am akademischen Gymnasium maturiert und an der Grazer Med-Uni studiert. Sie ist nun Assistenzärztin für Psychiatrie und psychotherapeutische Medizin am LKH Graz.

Lässer wird den gesundheitspolitischen Schwerpunkt der KPÖ verstärken und sich vor allem auch in umweltpolitischen Fragen einbringen.

## Kurse für Hundehalter

Der richtige Umgang mit einem Hund ist eine komplexe Angelegenheit. Durch rücksichtsvolles Verhalten von Hundebesitzer:innen im öffentlichen Raum können schon im Vorfeld Konflikte vermieden werden. Das Veterinäramt der Stadt Graz bietet Hundehalterkurse in Präsenz und auch online an.

Wer das erste Mal einen Hund hält oder länger als fünf Jahre keinen mehr gehalten hat, muss ihn absolvieren. „Hunde haben vielfältige Bedürfnisse, die es zu berücksichtigen gilt, der richtige Umgang mit ihnen will gelernt sein“, weiß KPÖ-Tierschutzsprecherin **Daniela Katzensteiner**.

Sie setzte sich im Gemeinderat dafür ein, dass alle, die den Kurs in Präsenz machen möchten, auch die Möglichkeit dazu bekommen.

# Draisgasse: Gemeindewohnungen statt alter Lagerhallen

Graz investiert 5,7 Millionen Euro in die Sicherung eines Grundstücks im Bezirk Jakomini.

90 Gemeindewohnungen sollen in der Pomisgasse/Draisgasse errichtet werden. Derzeit ist die Fläche mit Lagerhallen verbaut, die seit Jahrzehnten leer stehen. Bürgermeisterin **Elke Kahr** möchte in dieser Gemeinderatsperiode 500 neue Gemeindewohnungen übergeben. Mit den neuen Wohnungen am Grünanger, in der Ziehrerstraße, Am Mühlriegel und in der Plüddemangasse, die von ihren Bewohnerinnen und Bewohnern bereits bezogen wurden, sind bereits 301 Gemeindewohnungen fer-



„Wo jetzt leere Lagerhallen sind, können Gemeindewohnungen entstehen“, sagt Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

FOTO: ALISA KABASSER

tiggestellt. „Die Liegenschaft ist für den kommunalen Wohnbau sehr gut geeignet. Die Flächen grenzen an den Park um das Tupay-Schlössl. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten

ist es wichtig, erschwingliche Wohnungen für die Grazerinnen und Grazer zu errichten“, so Kahr, die sich seit Jahren bemüht, diese Flächen für die Stadt zu erwerben.

## Andritz hat einen Dagmar-Grage-Park



Die neue Grünanlage im zwölften Stadtbezirk trägt den Namen der Grazer Umweltaktivistin **Dagmar Grage**.

FOTO: STADT GRAZ

Seit Juni ist Graz um eine Grünanlage reicher. Der Park in Andritz verbindet auf gelungene Weise die Grazer Straße mit der Straßenbahnhalttestelle, bietet Sitzgelegenheiten und sogar zwei Hängematten. Auf den 4.700 Quadratmetern wurde eine Reihe von Obstbäumen gepflanzt, die künftig dazu einladen von ihnen zu



naschen. „Dagmar Grage hat Großartiges geleistet. So geht etwa das erste Abfallkonzept Österreichs auf sie zurück“, erklärt die Andritzer KPÖ-Gemeinderätin **Miriam Herlicska**. Darum beschloss der Gemeinderat einstimmig, den Quartierpark nach der Grazer Umwelt-Pionierin zu benennen.

## Viele Städte in Finanznöten

Mit zunehmender Inflation steigen die kommunalen Ausgaben stetig an, während gleichzeitig die Ertragsanteile, die eine Hauptquelle der Einnahmen für Städte darstellen, schrumpfen. Diese alarmierende Entwicklung bringt die Kommunen in eine äußerst schwierige Lage, vor der die städtischen Finanzreferenten eindringlich warnen.

„Die Ertragsanteile für Städte und Gemeinden werden im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr deutlich schrumpfen. Gleichzeitig steigt die Inflationsrate weiter an“, warnt der Grazer Finanzstadtrat **Manfred Eber** (KPÖ). Im Einklang mit dem Städtebund und zusammen mit den Finanzreferenten von Innsbruck, Klagenfurt und Bregenz fordert Eber einen größeren Anteil am Steueraufkommen für die Gemeinden. „Schließlich müssen die Gemeinden ja auch immer mehr Aufgaben übernehmen“, so Eber.

# Schwachstellen in der Inklusionsstrategie

Die Stadt Graz hat zum ersten Mal eine Inklusionsstrategie. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben soll damit wesentlich verbessert werden. Bei der Erstellung wurde aber auf die Einbindung wichtiger Gruppen verzichtet.

Eine gelingende Inklusionsstrategie liegt uns allen am Herzen, darum sollten auch alle daran beteiligt werden“, forderte KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich** bereits im März dieses Jahres. Damals hatte ihm der zuständige ÖVP-Stadtrat **Kurt Hohensinner** zugesichert, dass auch Behinderten-Betreuer:innen in die Erstellung der Inklusionsstrategie eingebunden werden. Sein Wort hat Hohensinner aber nicht gehalten.

## Nicht eingebunden

„Trotz der Zusage im Gemeinderat hat man bei der Erstellung der Inklusionsstrategie auf die Mitarbeit einer ganz wesentlichen Gruppe verzichtet. Nämlich die Menschen, die als Betreuer:innen, Arbeiter:innen



FOTO: STEVE BUISSINEPIXABAY

ÖPV Stadtrat **Kurt Hohensinner** hat es verabsäumt, bei der Erstellung der ersten Inklusionsstrategie alle wichtigen Gruppen einzubinden.

nen und Begleiter:innen Tag für Tag bei den Menschen mit Behinderungen für die Umsetzung der Strategie sorgen sollen“, kritisiert Ulrich.

Dass sich außerdem keine Menschen mit Lernbehinderung im Projektteam befunden haben, ist für ihn ebenso unverständlich: „Mit einer zentralen Gruppe von Betroffenen einfach gar nicht zu reden, ist wenig weitsichtig. Gerade in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Selbstbestimmung wären ihre Erfahrungen wichtig für die Strategie gewesen.“

Auch Selbstvertreter:innen

von Menschen mit psychischen Behinderungen wurden nicht in die Erarbeitung der Inklusionsstrategie eingebunden.

## Chance vertan

„Inklusion hätte bedeutet, wirklich alle miteinzubinden, das hat man hier leider verabsäumt. Dennoch ist eine Inklusionsstrategie mit schlechtem Beteiligungsprozess noch immer besser als gar keine und deshalb hat die KPÖ dem Stück auch zugestimmt und wird sich auch künftig konstruktiv beim Thema Inklusion einbringen“, sagt Ulrich.

## Inklusion: Ausgleichstaxe erhöhen!

Menschen mit Behinderung haben es am Arbeitsmarkt besonders schwer. Um ihnen ein Berufsleben zu ermöglichen, gibt es das sogenannte „Behinderteneinstellungsgesetz“. Es sieht vor, dass Unternehmen ab 25 Mitarbeiter:innen zumindest einen begünstigt behinderten Menschen einstellen müssen. Tun sie das nicht, so ist eine „Ausgleichstaxe“ von 292 Euro monatlich zu entrich-

ten. Neben einigen positiven Ausnahmen scheint aber die



FOTO: JULIA PRASSL

große Mehrheit der Unternehmen lieber diese Zahlung

zu leisten, als einem Menschen mit Behinderung ein geregelter Einkommen zu ermöglichen. KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich** fordert darum, dass die Ausgleichstaxe auf ein, in der jeweiligen Branche übliches, Brutto-Monatsgehalt angehoben wird. „Ein Mensch mit Behinderung ist gleich viel wert wie ein Mensch ohne Behinderung, darum sollte die Ausgleichstaxe auch so berechnet werden“, sagt Ulrich.

## KOMMENTAR



## Maßnahmen gegen Teuerung

Die Auswirkungen der starken Teuerung beherrschen nach wie vor unseren Alltag. Dass die Bundesregierung Schritte zur Begrenzung der Inflation setzt ist wichtig, es müssen allerdings weitere folgen. Immer mehr Menschen sind von den hohen Kosten für Mieten, Kreditzinsen, Energie, Mobilität und dem täglichen Einkauf überfordert. Einmalzahlungen helfen zwar einen kurzen Moment, sind aber kein geeignetes Mittel zur Eindämmung der Teuerung.

In den Gemeindewohnungen im Eigentum der Stadt Graz werden die Mieten in den kommenden drei Jahren jährlich um jeweils maximal zwei Prozent erhöht. Das ist eine tatsächliche Entlastung gegenüber der Entwicklung der Kosten am privaten Wohnungsmarkt. Eine ähnliche gesetzliche Regelung ist für alle Mietverhältnisse wünschenswert.

Die ständige Unsicherheit, ob die Wohnung in ein paar Monaten noch bezahlbar ist, ist unzumutbar und schadet auch der Wirtschaft, da vielen kaum noch Geld für andere Ausgaben bleibt. Es ist positiv, dass manche beherrschenden Kräfte ihre Totalblockade gegen Eingriffe in die ungebremste Teuerung gelockert haben, es werden aber weitere Schritte nötig sein, um aus der Teuerungsspirale auszubrechen.

Ihre Bürgermeisterin *Elke Kahr*

## SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at

# »Mayor of the year« Elke Kahr wurde nominiert

Die in London ansässige City Mayors Foundation hat Elke Kahr als eine von 25 Bürgermeister:innen aus 21 Ländern für den diesjährigen „World Mayor Prize“ nominiert.

Seit 2004 werden weltweit Bürgermeister:innen mit dieser Auszeichnung geehrt, die sich auf außergewöhnliche Art für ihre Gemeinde und Bürger:innen einsetzen.

## Nominierung

Einer der Gründe, den die City Mayors Foundation für die Nominierung von **Elke Kahr** bekannt gab, ist ihre sogenannte „Robin-Hood-Politik“ - damit ist gemeint, dass Kahr zwei Drittel von ihrem Bürgermeisterinnen-Gehalt an Menschen



FOTO: CHRISTIAN JUNGWIRTH

Elke Kahr ist als eine von 25 Bürgermeister:innen auf die Short-List für die Auszeichnung „Mayor of the year“ gesetzt worden.

in Notlagen weitergibt. Darüber hinaus wurden der Bau neuer Gemeindewohnungen, die Erhöhung des Mietkaufionsfonds der Stadt, die Aufhebung von restriktiven Zugangsregelun-

gen bei Gemeindewohnungen, die Ausweitung von Sozialleistungen, die Senkung bzw. Einfrierung diverser Gebühren als weitere Faktoren für die Nominierung genannt.

## Prominenz

Unter den 24 anderen Bürgermeister:innen auf der Short-List finden sich sowohl Volksvertreter aus kleinen Orten, wie **Tony Keats** aus Dover in Neufundland, aber auch **Ekrem Imamoglu** aus der Millionenmetropole Istanbul. Ein besonders prominenter Kandidat ist **Vitali Klitschko**, Bürgermeister von Kyiv/Ukraine.

## Unterstützung

Bis zum 20. Oktober kann man Elke Kahr durch die Ein-sendung einer kurzen E-Mail an [graz@worldmayor.com](mailto:graz@worldmayor.com) unterstützen

Anfang November wird die Liste der zehn Finalisten veröffentlicht. Der oder die Gewinner:in wird schließlich mit Ende des Jahres bekannt gegeben.

## KPÖ wirkt: ITG wird nachhaltiger

Angeregt durch KPÖ-Gemeinderätin **Daniela Katzensteiner** und die NGO Südwind hat die ITG als IT-Dienstleister der Stadt Graz und ihrer Beteiligungen im Juni 2023 als erstes österreichisches Unternehmen einen Kooperationsvertrag unterzeichnet.

„Wer sozial und klimafreundlich wirtschaften möchte, muss ein besonderes Augenmerk auf die Lieferketten legen. Durch die Kooperation mit der Initiative Electronics Watch wird das in der ITG nun noch stärker getan“, freut sich Daniela Katzensteiner.

Zu den Zielen der Kooperation zählt, dass die Beschaffungsverantwortlichen soziale Verantwortung übernehmen, Arbeiter:innen beim Einfordern ihrer Rechte unterstützt

werden, Arbeitgeber die nationalen und internationalen Standards im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz erfüllen und dass, Markenfirmen und IT-Systemhäuser Zulieferer und Compliance-Informationen offenlegen und effektive Maßnahmen ergreifen um Abhilfe bei Verstößen gegen Arbeits- und Gesundheitsschutz in ihren Lieferketten zu schaffen.

„Ich freue mich, dass die Stadt Graz hier soziale Verantwortung übernimmt und Teil von Electronics Watch wird. In den nächsten Monaten werden erste Schulungen für ITG-Mitarbeiter:innen organisiert, damit die Beschaffung künftig noch nachhaltiger wird“, sagt der für Beteiligungen zuständige KPÖ-Stadtrat **Manfred Eber**.



## Elementarpädagogik auf Liste der Mangelberufe!

Schlechte Rahmenbedingungen haben zu einem drastischen Personalmangel in der Elementarpädagogik geführt. Bereits seit mehreren Jahren sieht man, dass nicht alle, die eine Ausbildung absolvieren, auch tatsächlich diesen Beruf ergreifen

Bei Kollegabsolvent:innen ist der Anteil der Berufseinsteiger:innen zwar höher, aber „weil einige von ihnen keine EU-Staatsbürgerschaft haben, können sie einen Job derzeit nur in Salzburg oder Wien antreten – nicht aber in der Steiermark oder in Graz, denn sie erhalten hier kein Arbeitsvisum. Der Grund: die elementarpädagogischen Berufe werden derzeit nicht auf der bundesweiten Liste der Mangelberufe geführt“, sagt

KPÖ-Gemeinderätin **Mina Naghibi**. Die Folge ist, dass Kolleg-Absolvent:innen ohne EU-Staatsbürgerschaft nach Wien gezogen sind, um dort unter teils noch schlechteren Rahmenbedingungen als in der Steiermark zu arbeiten.

„Es ist bitter und ungerecht, wenn Elementarpädagog:innen die Entscheidung, wo sie arbeiten wollen, einzig davon abhängig machen müssen, ob sie im jeweiligen Bundesland ein Arbeitsvisum bekommen können oder nicht“, sagt Naghibi. Sie fordert daher, dass der Beruf auf die bundesweite Liste der Mangelberufe 2024 aufgenommen wird. Ihr dringlicher Antrag im Gemeinderat wurde mit den Stimmen von KPÖ, ÖVP, Grünen, SPÖ und NEOS angenommen.

